

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Jugendzeitung einschließlich Zeitungsdienst monatlich 20 Pf. Einmalige Beleghe 2 Pf. 27.5. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Der Post bezogen vierteljährlich 2.75. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Der Post bezogen vierteljährlich 2.75. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland. Der Post bezogen vierteljährlich 2.75. unter Kreuzband für Deutschland und Ausland.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8468.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Fernanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 119.

Dresden, Freitag den 26. Mai 1911.

22. Jahrg.

Der dynastische Wille.

Zur elsass-lothringischen Verfassungsfrage wird uns geschrieben:

In die Verhandlungen über die reichsländische Verfassungsreform fiel die Nachricht der Münchner Post, daß in Elsaß-Lothringen die Staatsherrschaft eines Hohenzollern, zu dem als Übergang eines aus der nichtregierenden katholischen Linie, dann eines aus der regierenden evangelischen Linie, kommen könne. Wir können auf Grund unbedingt zuverlässiger Informationen die Interaktion der elsass-lothringischen Verfassungsreform bestätigen. Aber die Nachricht ist nicht nur interessant, sondern sie bietet auch den Schlüssel für die merkwürdigen Szenen aus der letzten Reichstagssitzung im Elsaß-Lothringen, die sich im Elsaß-Lothringen abspielten. Und noch mehr: jene Meldung verdeutlicht wichtige Triebkräfte und Zusammenhänge der deutschen Gesamtpolitik, wie sie sich gegenwärtig gestalten.

Es ist kein Zweifel, daß das Motiv, das die ganze Verfassungsreform angeregt hat, die ursprüngliche Absicht war, den Reichsländern eine hohenzollernsche Prinzenfamilie zu geben. Diese Absicht konnte nicht durchgeführt werden. Sie ist namentlich an dem hartnäckigen Widerstand der elsass-lothringischen Bundesfürsten gescheitert zu sein. So suchte man sich einem Um- und Mittelweg, um das Ziel schließlich doch zu erreichen, so im wichtigsten zu erreichen. Der Erfolg der Mühen liegt in dem jetzigen Kompromiß jutage.

Nun begreift man die Kühne Energie, mit der unser Reichstag plötzlich für die reichsländische Reform eintrat, warum er wie ein freistimmiger Bezirksvereinler von dem hohenzollernschen Fortschritt schwärmte und den älteren Standesherren, den Junkern, Trug bot; warum er sogar gleichmäßig die Hilfeleistung des Umsturzes ward und nahm. Herr Reichmann-Dollweg hatte den Befehl, den gemessenen Befehl, kraftvoll und energisch zu sein. Und auf Befehl leistet sich auch ein reichsländischer Handlanger solche Wallungen an die mächtigste Partei.

Auf die gleiche Weise erklärt sich auch das Verhalten der elsass-lothringischen Parteien. Die Gründe des Zentrums, das in dem Elsaß, das Werk zustande zu bringen, sogar die Konstitutionale ablehnte, sind ohne weiteres klar: einmal lockte die katholische Hohenzollern, und dann war der dynastische Wille der regierenden Familie für diese Kirchenpartei bestimmend, die sich heute mehr denn je an die weltliche Macht anlehnt. Deshalb trennte sich das Zentrum auch von seinen liberalen Mitbewerbern, den Konservativen. Den Liberalen waren es natürlich erwünscht, sich bei dieser Gelegenheit als regierungsfähig einzuschmelzen. Daß selbst die Sozialpartei, die hartnäckigsten und ungestümsten Feinde des hohenzollernschen Wunsches, dem eben noch als Feindesland ausgerechnet behandelten Elsaß-Lothringen das demokratische Wahlrecht zugestanden, das sie im höchsten Maße für die elsass-lothringischen Widerstand der deutschen Vormacht verweigert, wie mächtig in diesem Falle der dynastische Wille wirkte.

Warum aber haben die Konservativen sich dem allerersten Willen so erbittert widersetzt? War es wirklich nur das Wahlrecht und die „preußensindliche“ Lösung der reichsländischen Bundesratsstimmen? Der letztere Einwand war ein Vorwand oder vielmehr ein untauglicher Versuch, die empfindlichsten zu täuschen. Das Wahlrecht bedeutet den Junkern als böses und unüberwindliches Beispiel der preußischen Sorgen. Aber an sich sühnten sie sich genug, um die unausbleiblichen Konsequenzen für Elsaß-Lothringen, wenn notwendig mit Gewalt, zu verhindern. Entgegen ihrer Verbalten war nicht sowohl das Wahlrecht als vielmehr der Grund, aus dem dieses Zugeständnis den Reichsländern gewährt wurde. Warum war die Regierung bereit, den angetriebenen zweifelhaften Reichsfreunden Elsaß-Lothringen ein Wahlrecht zugestehen, das man den Junkern und Sachsen vorenthält und im Reich zertrümmern würde? Der Grund und die Absicht war, durch das Zugeständnis die kommende Hohenzollernkandidatur im Reichsländ populär zu machen. Und diese Wandlung, statt durch scharfe Unterdrückung durch Konzeptionen die Dynastie beliebt zu machen, war es, was das dynastische Interesse zu fördern, war es, was das Zentrum in seinen innersten Lebenssträngen betäubete und im Widerstand rief.

Das war das böse Beispiel, das die Herren Preußen-Reichsländ fürchten und bekämpfen. Wie, wenn sich die Dynastie mit denselben Mitteln auch bei den preußischen, den anderen deutschen Bürgern beliebt zu machen suchte, wenn auf diese Weise es unternähme, ihre Sache von der mit dem Zusammenbruch bedrohten Reaktion zu trennen? Könnte nicht die Arbeiterpolitik nach englischem Muster beginnen? Daran hat das Zentrum die Regierung und die Monarchie ermahnt, was bisher Herr gewesen ist und bleiben will.

Liberales Hoffen.

Die liberalen Blätter schöpfen aus dem Verkauf der elsass-lothringischen Aktion und den letzten Reden des Reichskanzlers natürlich sogleich wieder überdramatische Hoffnungen. Wir zitieren zum Beispiel aus der National-Zeitung:

„Die Worte, die Herr von Reichmann-Dollweg zu den Parteien im Reichstage gesprochen hat, gehen über den Gegenstand, der zur Beratung stand, weit hinaus. Sie enthalten kluge, staatsmännliche Gedanken, die um so erfreulicher zu hören waren, als mancher diesen Auffassung und dieses Erklärten, das in den Erklärungen des Kanzlers deutlich sichtbar ist, oft vernünftiger hätte und gern schon früher zu sehen gewünscht hätte. Herr von Reichmann-Dollweg hat heute Worte gesprochen, die man so bald nicht vergessen wird, von denen er aber auch selbst weiß, daß sie ihn für die Zukunft binden. Denn ein Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident von der Art des Herrn von Reichmann-Dollweg, der sagt, er wolle die Verantwortung der Unfähigkeit nicht tragen und könne nicht mit den Händen im Schoß dem Fortwärtigen von Zuständen zusehen, die kein Mensch als glücklich, als zufriedenstellend, als förderlich ansehen kann, wird sich unumgänglich verhalten, daß außer in Elsaß-Lothringen auch in Preußen und im Reich noch mancher andere soziale und politische Zustand als friedensfördernd und verbitternd von Volks- und Erwerbstreibern empfunden wird. Diese Mißstimmung zu beseitigen, deren Gründe Herr von Reichmann-Dollweg selbst nicht unbekannt sind, gehört zu den Aufgaben, zu deren Lösung er sich durch das heute abgelegte Bekenntnis als Mann des Fortschritts, der die Unfähigkeit haßt, verpflichtet hat.“

Derartige Schlüsse zu ziehen ist man auch dann nicht berechtigt, wenn man die nationalliberale Dreiviertelreaktionspolitik als „Fortschritt“ auszugeben versucht. In der elsass-lothringischen Frage spielen ganz besondere Gründe mit, die den Reichskanzler mit den Konservativen im Gegensatz brachten. Er tat, was er tat, in besonderer Ergebnisse für kaiserliche Wünsche. In diesem Fall ließen sich einmal Hohenzollerninteressen nicht ohne ein Entgegenkommen an Volksinteressen durchsetzen. Der Wunsch des Kaisers aber ist für Reichmann-Dollweg unter Umständen noch wichtiger als der Wunsch der Junker.

Es wäre sehr verfehlt, aus dem vereinzelten Vorgang irgendwelche weiteren Schlüsse für eine Abkehr der Regierung von der Reaktion zu ziehen. Auf allen entscheidenden Gebieten der Politik — in den Fragen der auswärtigen Politik, der Sozialpolitik, des Koalitionsrechts usw. — ist die Reichsmannsche Regierung mit den Konservativen ein Herz und eine Seele. Die Arbeiterklasse denkt selbstverständlich nicht daran, irgendwelchen Mutationen zu verfallen, weil einmal die Reichsregierung in einer Spezialfrage mit den konservativen Freunden in Widerspruch geriet.

Die Annahme des Wahlgesetzes.

Der Reichstag hat in seiner Mittwochssitzung das Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen in zweiter Lesung angenommen und damit die zweite Lesung der ganzen Verfassungsreform zum Abschluß gebracht. Das Wahlgesetz ist von der argen Verunsicherung durch die Pluralstimmen ja befreit worden, aber enthält noch immer die arbeitserwähnliche Wohnsitzklausel, die Genosse Ennkel in vorzüglichen Ausführungen vergebens bekämpfte. Nicht einmal die ganze Fortschrittspartei schloß sich unserem Antrag auf Beseitigung dieser Prämie für das sechshafte Notabeln- und Epiphoretum an. Immerhin ist es als erfreulich zu bezeichnen, daß der Paragraph, der das allgemeine Stimmrecht ohne Alterspluralstimmen enthält, mit ganz gewaltiger Mehrheit, 282 gegen 47 Stimmen, angenommen worden ist. In der Widerheit waren nur die Reichskonservativen mit ein paar ganz fanatischen Sozialistenfreßern oder Chauvinisten der Reichspartei, dem Reichsverbandsgeneral von Liebert, dem Vizepräsidenten Schulz und ein oder zwei andern.

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstages stand noch ein Wandel der verschiedenartigen Gelegenheitsgegenstände. Die Rechnungssachen wurden debattellos erledigt, da der von der ferientätigsten Zentrumsfraktion Erzberger aufgelegte Maulkorbzwang noch nicht beseitigt ist. Nur zum Patentausführungs-Zwangsgesetze durfte der rechtselbige Schwabe ein paar Worte sagen. Wegen den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz stimmte unsere Fraktion, weil er keineswegs genügenden Schutz gegen polizeiliche Übergriffe gewährt. Mit einer Schärfe, die den Vizepräsidenten Schulz aus dem seelischen Gleichgewicht brachte, die aber nur allzu berechtigt war, geistliche Genosse Stadthagen das behördlich begünstigte Treiben der sattem bekannten Feldarbeiterzentrale. Dem Patentausführungs-Zwangsgesetze stimmten wir zu und Genosse Wed begründete kurz unsere Auffassung.

Am Freitag beginnen die Tage der dritten Lesung.

Marokko.

Was wird nun werden?

Das Vorspiel der Marokkoaffäre ist beendet. Die französischen Truppen, die sich angeblich von der Küste bis nach Fez hin immerfort mit den „aufständischen“ Marokkanern herumtschlagen mühten, sind in der Hauptstadt angelangt, ohne noch vorher mit den Marokkanern zusammenzustößen. „Die europäischen Kolonien sind gerettet“, hat General Molinier nach Paris telegraphiert; ob diese „Rettung“ allerdings so

nötig war, kann man billig bezweifeln. Wie alle anderen Meldungen aus Marokko, so ist auch die Legende von der „schlimmen Lage in Fez“ in dem Augenblicke wie eine Seifenblase geplatzt, als die Franzosen ihr Ziel erreicht hatten. Wie die bisherigen Meldungen immer übertrieben waren, so auch, daß die Einwohner Fez nahe daran waren, zu verhungern.

Was wird jetzt werden? Diese Frage tritt nunmehr in den Vordergrund. Wenn man der französischen Regierung glauben dürfte, sollten ja die französischen Truppen sobald als möglich wieder Fez verlassen. Damit ist aber kaum zu rechnen. Im Gegenteil; der Marsch nach Fez war erst das Vorspiel der Okkupation. Und Vorwände sind den militärischen Marokko-Interessen wohlfeil wie Brombeeren, um nachzuweisen, daß ein längeres Verbleiben der französischen Truppen im Interesse der europäischen Mächte liegt. Da wird von Stationen Stationen geredet, die zwischen der Hauptstadt und der Küste notwendig sind, um den Verkehr zu sichern, von der Konzentrierung des Kulaga-Korps, und man schreit sich auch nicht, offen zu sagen, daß jetzt eine Besetzung von Fez ohne große Opfer und Kosten möglich sei. Das kommt auch in einem Teil der französischen Blätter zum Ausdruck und der Temps sagt unerbittlich: „Die Strafe von der Küste nach Fez, die französische Soldaten gebührt haben, ist dadurch französisch geworden, sie soll allen offenstehen, aber von Frankreich bemacht werden.“

Und so wird es auch werden. Die nächsten Aufgaben, die die Franzosen für sich in Anspruch nehmen, bestehen in der Organisation des Sultansheeres, das mit französischen Offizieren und Unteroffizieren versehen werden soll, in der Sanierung der Finanzen, in der Regelung der Steuerentreibung usw. Alles Maßnahmen, die nur dazu dienen werden, Zeit zu gewinnen und sich in den besetzten Gebieten häuslich einzurichten. Nebenher wird dann eine Reihe „Strafexpeditionen“ laufen, um diesen oder jenen Stamm zu „säubern“, wie es in der Kolonialsprache heißt.

Die Kosten für alle diese Maßnahmen der französischen Regierung wird diese aber den Marokkanern aufhängen. Wie Marokko die Unkosten der früheren französischen „Sanierungen“ bezahlen mußte, wird Frankreich auch dieses Mal in dieser Beziehung nicht locker lassen. Damit bekommt der Sultan Mulay Hafid ein paar weitere Ketten an die Hüfte geschmiedet. Und wenn die Einkünfte des Sultans geringer werden, ist er wieder auf die Millionen Frankreich angewiesen. Schon heute sitzt er dort tief in der Kreide. Diese Abhängigkeit des Sultans wird aber weiter zur Folge haben, daß die französischen Truppen im Lande verbleiben und schließlich die besten Provinzen so lange besetzen, bis alle Schulden bezahlt sind.

Ob diese Pläne den Marokkotreibern gelingen werden, läßt sich allerdings noch nicht sagen, da ja die Algeriasache noch in Frage kommt und auch die öffentliche Meinung Frankreich nicht übergangen werden darf. Wenigstens derartige „Nebenabschlüsse“ chauvinistische Kreise nicht davon abhalten, ihren Willen durchzusetzen.

Auch die deutschen Marokkohaftler suchen natürlich aus der neuen Lage für ihre Sonderinteressen Kapital zu schlagen. So schreibt u. a. die Post:

„Die Expedition hat nur den Zweck gehabt, der französischen Regierung einen züheren Erfolg zu verschaffen, der sie über innere Schwierigkeiten hinweghelfen und die Einverleibung Marokkos in das französische Kolonialreich einen weiteren Schritt vorwärts bringen soll. . . . Wir hätten es für selbstverständlich gehalten, daß unser Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von seinem Urlaub unmittelbar zurückkehrt. Die Algeriasache wurde seinerzeit beschlossen in der Annahme, daß auf diesem Wege die Integrität und Souveränität Marokkos aufrecht zu erhalten sei. Die Entwicklung hat gezeigt, daß diese Hoffnung falsch ist. Ein Unterzeichner der Algeriasache, Frankreich, hat die alte selbst durchbrochen und ihre Grundbestimmungen beseitigt. Das Deutsche Reich hat also heute wieder volle Aktionsfreiheit. Es bieten sich ihm zwei Wege, um seine Stellung zu wahren: Entweder unterstützt es den Sultan Mulay Hafid, damit er seine Selbständigkeit oder sein Land unversehrt erhalten kann, oder es tritt mit Frankreich in neue Verhandlungen über die Zukunft Marokkos ein. Jeder dieser Wege kann zu einem Erfolg führen. Eine neue Konferenz oder neue Verhandlungen mit all den Mächten, die durch die Konferenz Gelegenheit erhielten, sich in den marokkanischen Handel hineinzumischen, wären durchaus zwecklos. Aber notwendig erscheint es uns, daß jetzt sofort gehandelt wird.“

Wir brauchen nicht nochmals zu betonen, daß das deutsche Volk nicht die geringste Ursache hat, sich wegen der Marokko-Angelegenheit in Ungelegenheit zu fügen. Aber die von uns dargelegten Absichten von haben wie drüber erfordert, daß, trotzdem die Lage in Marokko friedlich scheint, wir ihr auch in Zukunft volle Aufmerksamkeit schenken.

Letzte Nachrichten.

Tanger, 25. Mai. Aus Madrid el Nachte wird unterm 21. d. M. aus englischer Quelle berichtet, daß ein neuer Thronpräsident aufgetreten sei, dem die vier Könige des früheren Präsidenten, denen auf Befehl Mulay Hafids eine Hand abgeschlagen wurde, sich angeschlossen haben. Der neue Präsident befindet sich zehn Meilen von Madrid und verbrennt die Enten der Eingeborenen, die ihm Unterstützung verweigert haben. Die Truppen el Omranis lagern in der Nähe und werden einen Angriff auf den Präsidenten unternehmen, falls dieser den Kampf aufnehmen will.

Wien, 25. Mai. Nach Mitteilungen von Reisenden, die aus Ceuta hier eingetroffen sind, haben die spanischen Truppen weitere Punkte des Dofiles von Alfar besetzt.